

HAZ 22/483

# In Mönchehagen wollen Experten heute nach Seveso-Giften graben

Polizei schließt die Sondermülldeponie / Albrecht warnt vor Hysterie

Eigener Bericht

Das hochgiftige Dioxin aus dem italienischen Seveso lagert möglicherweise illegal auf der Sondermülldeponie Mönchehagen im niedersächsischen Landkreis Nienburg. Auf Weisung der Verdener Staatsanwaltschaft hat die Polizei am Donnerstag die Müllkippe geschlossen und Geschäftsunterlagen der privaten Betreiberfirma beschlagnahmt. Spezialisten

p.s./vdB. Hannover

sind beauftragt worden, unter größten Sicherheitsvorkehrungen in der Deponie nach den Fässern zu forschen, in denen sich das Gift befinden soll. Staatsanwaltschaft und Polizei stützen sich bei ihrem Vorgehen auf gezielte Hinweise, die bereits vor einer Woche beim Umweltbeauftragten der Landesregierung eingegangen waren, aber zunächst vier Tage unbeachtet blieben.

Auf dem Gelände der Giftmülldeponie wurden gestern die Vorbereitungen für die Suche und die Bergung der gesuchten Giftfässer aufgenommen. Die zuständigen Behörden erörtern vor allem, wie bei der Suche vorgegangen werden soll und welche Schutzmaßnahmen für die Suchmannschaften und möglicherweise für die Bevölkerung der umliegenden Dörfer ergriffen werden müssen.

Am heutigen Freitag soll versucht werden, die Fässer unter der Aufsicht des Wasserwirtschaftsamtes Sulingen zu bergen. Offen ist, was geschehen soll, wenn sich der Verdacht bestätigt: In Niedersachsen gibt es derzeit keine Möglichkeit, das Dioxin legal zu beseitigen.

Ministerpräsident Albrecht hat am Abend in einem Gespräch mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vor Hysterie gewarnt. Er betonte, es bestehe keinerlei unmittelbare Gefahr und äußerte die Ansicht, daß es Wochen dauern werde, bis geklärt sei, ob das Gift in Mönchehagen lagere oder nicht. Wenn sich der Verdacht bestätigen sollte, werde mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen diejenigen vorgegangen werden, die für die illegale Ablagerung verantwortlich seien.

Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft in Verden hat ein Bewohner des Ortes Mönchehagen, der Einblick in die Verhältnisse auf der Giftmüllkippe hat, seinem Hausarzt vertraulich berichtet, Anfang März seien Fässer mit hochgiftigem Abfall angeliefert worden. Wie der Mediziner der Landesregierung in Hannover daraufhin in einem Brief mitteilte, sei während der Anlieferung die Rede von Dioxin gewesen.

Das Schreiben aus Mönchehagen, vom 12. April datiert, ging am Donnerstag voriger Woche bei der Staatskanzlei in Hannover ein. Dort wurde der Brief mit dem Eingangsstempel und dem Umweltschutzbeauftragten Prof. Redeker zugeleitet. Dieser fand den Brief erst am Montag dieser Woche auf seinem Schreibtisch. Er erkannte sofort, daß es sich um einen sehr ernststen Hinweis handelte, und erklärte den Vorgang zur „Sofortsache“, die vom Landwirtschaftsministerium zu erledigen sei.

Am Dienstag erreichte das Schreiben dieses Ministerium. Per Kurier wurde der für die Aufsicht der Deponie zuständige Landkreis Nienburg unterrichtet. Gleich-

zeitig wurde die Kreisverwaltung gebeten, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Am Mittwoch geschah. Am Donnerstagvormittag verbreitete schließlich die Staatskanzlei fernschriftlich die Information, die Sondermülldeponie sei vorerst geschlossen worden; alle Bücher und Rückstellproben in der Deponie seien von der Staatsanwaltschaft sichergestellt worden.

Der Umweltschutzbeauftragte Redeker meinte zu der Schließung der Deponie: „Nach offiziellen Vorschriften konnte nichts da sein. Wenn Dioxin in Mönchehagen gefunden wird, sind Straftatbestände erfüllt.“ Die Staatsanwaltschaft in Verden sprach davon, die „sehr seriösen Hinweise“ könnten zutreffen.

Wie aus dem Landwirtschaftsministerium zu erfahren war, geht aus den Aufzeichnungen der Privatfirma, die die Deponie betreibt, hervor, daß Anfang März 15 Fässer eingelagert worden seien. Die inländische Firma – sie gilt als wohlbeumdet, Albrecht nannte sie „seriös“ – gab den Inhalt der Behälter mit dem Vermerk „Ölbinder“ an.

Ein Sprecher der Gesellschaft für Sonderabfallbeseitigung Mönchehagen (GSM), die die Deponie betreibt, erklärte, die letzten Sendungen aus dem Ausland seien vor drei bis sechs Monaten eingetroffen. Es sei absolut auszuschließen, daß es sich dabei um dioxinhaltige Stoffe gehandelt habe. Die Firma wies jeden Verdacht zurück, in Mönchehagen sei Seveso-Gift eingelagert worden.

Nach einer Sitzung des geschäftsführenden SPD-Fraktionsvorstandes im Landtag verlangte Oppositionsführer Ravens ebenso wie die CDU eine Sondersitzung des Parlamentsausschusses für Umweltfragen. Landwirtschaftsminister Glup müsse die Abgeordneten schnell und umfassend über die Gründe für die Schließung der Deponie unterrichten.

Bundesratsminister Hasselmann dringt darauf, daß hochgiftiger Müll in Zukunft beim Transport innerhalb des Bundesgebiets ausreichend deklariert wird. Er will der am 11. Mai nach Hannover einberufenen Konferenz der norddeutschen Umweltminister vorschlagen, derartige Transporte von der Genehmigung jedes Bundeslandes abhängig zu machen, das bei der Fahrt berührt wird.

(Siehe auch Blick in die Zeit)